



Parlamentsdirektion

Wien, 27. April 2026
GZ. 13240.0000/5-1.3/2026

An die
Staatsanwaltschaft Klagenfurt

Heuplatz 3
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Der Nationalrat hat in seiner Sitzung am 24. April 2026 auf Antrag des Immunitätsausschusses in 477 der Beilagen folgenden Beschluss gefasst:

„In Behandlung des Ersuchens der Staatsanwaltschaft Klagenfurt, do. GZ. 9 St 5/26p - 1.1, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Andreas **Hanger** wird im Sinne des Art. 57 Abs. 3 B-VG festgestellt, dass ein Zusammenhang zwischen der inkriminierten Handlung und der politischen Tätigkeit des Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Andreas **Hanger** besteht; einer behördlichen **Verfolgung** des Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Andreas **Hanger** wird **nicht zugestimmt**.“


Hievon beehrt sich die Parlamentsdirektion auftragsgemäß Mitteilung zu machen.

Für die Parlamentsdirektion:

Mag. Gottfried Michalitsch
Leiter des Nationalratsdienstes

Anlagen:
Beschluss des Nationalrates
Ausschussbericht 477 der Beilagen

1.5 - Kanzlei des Nationalrates
1017 Wien, Parlament
Tel. +43 1 401 10-2241
martina.weberbauer@parlament.gv.at

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-04-27T16:31:15+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	